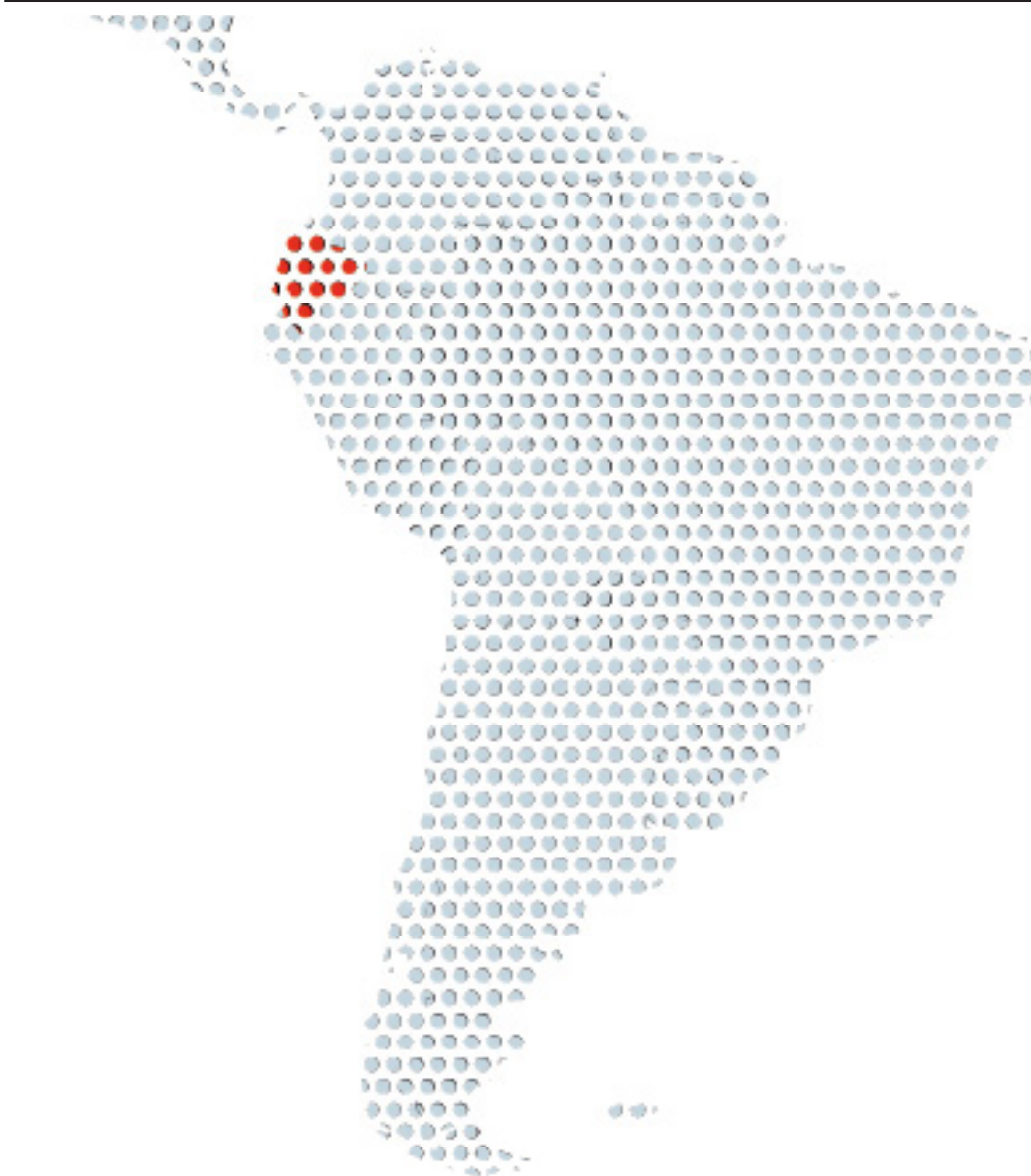


Ecuador

Informationsdienst

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	2
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	6
Militärausgaben	7
Lokale Rüstungsindustrie	8
Streitkräftestruktur	9
Bewaffung der Streitkräfte	10
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	14
Polizei und andere Sicherheitskräfte	15

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	17
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	17
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	18
Innere Lage im Empfängerland	20
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	22
Bedrohung von Alliierten	24
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	25
Unerlaubte Wiederausfuhr	28
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	29

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Ecuador

In den 1990er Jahren beschränkten sich deutsche Rüstungsexporte nach Ecuador weitestgehend auf Dieselmotoren zur Modernisierung italienischer Korvetten und der TNC-45 Patrouillenboote. Seit 2006 hat der Rüstungshandel zugenommen. Unter den gelieferten Rüstungsgütern finden sich vorwiegend Ersatzteile für die Marine. Ecuador ist bestrebt, einen Großteil seines alten und teilweise schon gebraucht erworbenen Rüstungsmaterials zu modernisieren und bezog den Großteil seiner Rüstungsgüter in den letzten Jahren aus Spanien, Südafrika, den Niederlanden und Frankreich.

Die ecuadorianische Rüstungsindustrie ist relativ klein. Waffen werden nur sehr vereinzelt in Eigenproduktion hergestellt, beispielsweise die selbst entwickelte 9mm PA-ME-90 Maschinenpistole. Bis heute bleibt Ecuador von Rüstungslieferungen abhängig, auch wenn seit den 1990er Jahren erfolgreich eigene Kapazitäten zur Wartung und Instandsetzung der eigenen Rüstungsgüter aufgebaut wurden. Das Land möchte sich, wie weitere südamerikanische Staaten, von ausländischen Rüstungskonzernen abkoppeln; Rüstungskooperationsvereinbarungen mit anderen Staaten werden daher zum Aufbau eigener Kapazitäten geschlossen.

Ecuadors Militär ist integraler Bestandteil des Staates und der Gesellschaft. Insgesamt ist das Militär ein starker und wichtiger Akteur im politischen und gesellschaftlichen Leben. Historisch gesehen war das Militär während der Militärherrschaft zwischen 1963 und 1966 sowie zwischen 1972 und 1979 prägende im Land. Anschließend wurde es zusehends zum Instrument der verschiedenen Regierungen. Zwar gab es in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutliche Fortschritte in der Demokratisierung des Landes, doch ist es bis heute nicht gelungen, eine umfangreiche und komplette demokratische bzw. parlamentarische Kontrolle des Militärs zu etablieren. Als Ergebnis eines Putschversuchs 2010 veranlasste Präsident Correa im Oktober des Jahres die Erhöhung der Löhne für die Streitkräfte und die Polizei. Es wird vermutet, dass er sich hierdurch ihre Loyalität sichern wollte.

Die ecuadorianische Polizei (National Police) ist formell Teil des Militärs und steht unter Aufsicht des Ministeriums für allgemeine Regierungsangelegenheiten (Ministry of Government). Ihre Organisation ist eng an die hierarchischen Strukturen des Militärs geknüpft. Der Präsident ist nicht nur Oberbefehlshaber des Militärs, sondern übt auch direkte Befehlsgewalt und Kontrolle über die Polizei aus.

Erhebliche Mängel bestehen innerhalb der Polizei bei der Aufklärung von Verbrechen und der allgemeinen Unterstützung der Zivilbevölkerung. Hinzu kommen anhaltende Korruption sowie Verwicklungen weiter Teile der Polizei in den grassierenden Drogenhandel. Mängel und Defizite bei der Polizei sowie der daraus resultierende unzureichende Schutz der Bevölkerung führen vermehrt zu Fällen von Selbstjustiz. Betroffen sind insbesondere arme und indigene Bevölkerungsgruppen.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Ecuador ist einem Großteil der internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Im Jahr 2008 beantragte die Regierung in Quito eine Verlängerung zur Minenräumung. Zu diesem Zwecke spendete Deutschland einen Radlader.

Ecuador ist den zentralen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Hinsichtlich der Umsetzung der Verträge und Konventionen zeigen sich jedoch weiterhin erhebliche Defizite. Generell sieht die Verfassung den Schutz der grundlegenden Menschenrechte zwar vor, in der Praxis kommt es Berichten zufolge aber immer wieder zur Missachtung oder gar Verletzung dieser Rechte. So gab es seitens der Regierung immer wieder Versuche, die Meinungs- und Pressefreiheit weiter einzuschränken und zu regulieren. Die politische und soziale Fragmentierung erschwert die Umsetzung von Menschenrechtsstandards und manifestiert soziale Ungleichheit.

In der Region herrscht eine angespannte politische Situation. Zwar ist die Lage in einigen Staaten als stabil zu bezeichnen, in anderen wiederum herrschen Konflikte, Auseinandersetzungen und politische Umbrüche. Zudem ist die gesamte Region von dem Kampf um die regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. Insbesondere Brasilien ist bestrebt, durch den Ausbau und die Modernisierung des Militärs seinen regionalen Führungsanspruch zu untermauern und strebt darüber hinaus einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Doch auch viele andere Länder in Lateinamerika haben beträchtlich in den Verteidigungshaushalt investiert und zahlreiche neue Waffen beschafft. Zwar konnten eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region die Zusammenarbeit stärken, doch haben Waffenkäufe die sicherheitspolitische Kooperation erschwert.

Weiterhin belasten regionale Konflikte die lateinamerikanischen Staaten: Zwischen Ecuador und Peru bestand ein lang anhaltender Grenzkonflikt, der mehrfach zu bewaffneten Konflikten zwischen beiden Staaten geführt hat. Auch Grenzkonflikte mit Kolumbien prägen zunehmend die ecuadorianische Sicherheitspolitik. Im März 2008 eskalierte die Situation als Kolumbien den Kommandanten der FARC Reyes mit amerikanischer Hilfe ortete und während einer militärischen Aktion erschoss. Da die Regierung in Quito vorher über eine solche Aktion nicht informiert wurde, brach sie die Beziehungen zu Kolumbien ab und verlegte Truppen an die Grenze. Diplomatische Beziehungen wurden erst wieder im Dezember 2010 aufgenommen. Bereits 1967 gab es erste Schritte einer regionalen Rüstungskontrolle mit der Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone. Zwar war dieser Vertrag ein erfolgreicher Schritt in Richtung einer „harten“ Rüstungskontrolle, in den folgenden Jahren konnte auf diesen Erfolg aber nicht aufgebaut werden und Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle wurden nicht entwickelt.

Ecuador ist den meisten Antiterrorismusabkommen beigetreten. Gegenwärtig besteht für Ecuador keine direkte Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus. Der Drogenschmuggel ist mit Abstand das größte Kriminalitätsproblem in Ecuador.

Die Militärausgaben sind im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gestiegen. Zwar sind die Gesundheitsausgaben gemessen am BIP ähnlich stark gestiegen, dennoch stehen durch die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes der Regierung weniger Mittel für andere Bereiche zur Verfügung.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2016 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für U-Boote: 99,%	0,005
2000	Transportflugzeug: 59,1%; Teile für Torpedos: 16,5%; Teile für Bordnetzschaltanlage: 11,8%	0,17
2001	Transporthubschrauber, Transportflugzeuge: 63,6%; Hydrophone, Teile für Sonaranlagen und Echolotanlagen: 36,4%	0,98
2002	Teile U-Boote: 66,5%; Teile für Feuerleiteinrichtungen von U-Booten: 20,5%	0,44
2003	Teile für U-Boote: 92,2%	1,08
2004	Hydrophongruppe und Kreisel für Kompassanlagen: 68,4%; Bauteile für Torpedos: 31,6%	0,22
2005	Teile für U-Boote und Sonaranlagen	0,48
2006	Teile für Korvetten und U-Boote: 92,6%	6,13
2007	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 92,4%	1,5
2008	Teile für U-Boote und Echolotanlagen: 99,7%	7,07
2009	Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 70,1%; Laserentfernungsmesser und Teile für Laserentfernungsmesser: 18,7%	3,61
2010	Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 88,2%	3,42
2011	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung: 91,0%	1,66
2012	Teile für U-Boote, Sonaranlagen und Echolotanlagen: 99,9 %	3,86
2013	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 91,3%	3,42
2014	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 97,4%	0,49
2015	Container: 58,7%; Teile für U-Boote und Fregatten: 27,5%	1,00

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	Teile für Tauchgeräte: 59,3% Teile für Fregatten: 40,7%	0,03

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2016, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2016

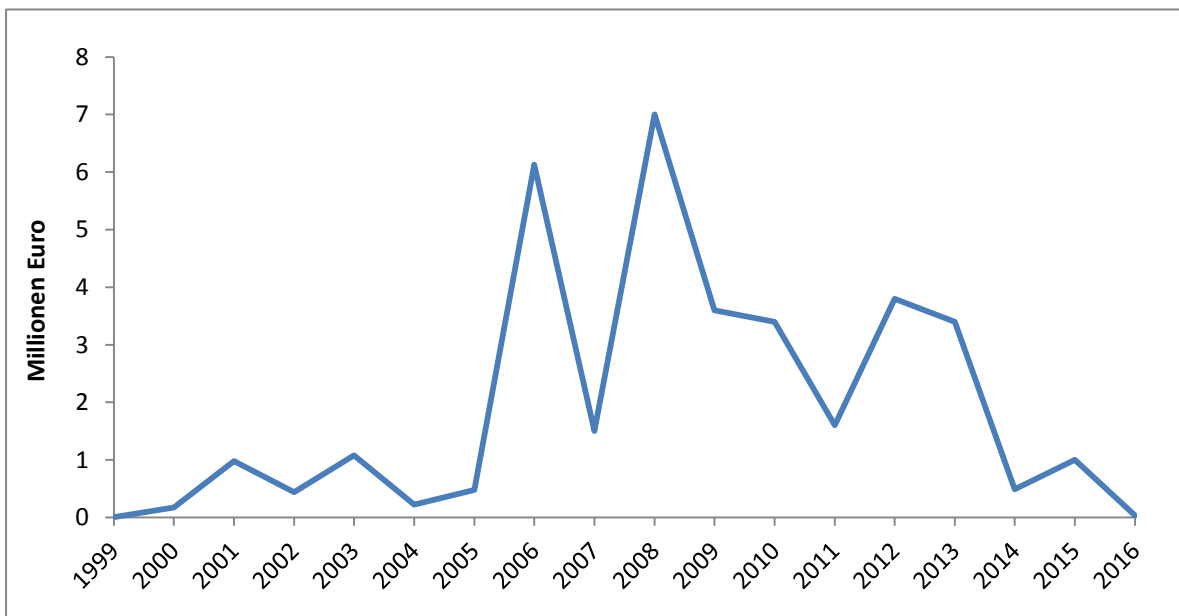


Tabelle 2
Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Ecuador 2000-2016

Es gibt keine Informationen seitens SIPRI zu Waffenlieferungen aus Deutschland nach Ecuador.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar

In den 1990er Jahren beschränkten sich deutsche Rüstungsexporte nach Ecuador weitestgehend auf Dieselmotoren zur Modernisierung italienischer Korvetten und der TNC-45 Patrouillenboote. Zwischen 1999 und 2006 hatte Deutschland für Ecuador nur

wenig Bedeutung im Rüstungshandel und deutsche Unternehmen lieferten hauptsächlich Ersatzteile. Ab 2006 nahm der Rüstungshandel zu, doch bis heute liefert Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Quito. Deutsche Ausfuhren haben sich insbesondere infolge der ecuadorianischen Anstrengungen, einen Teil der Marine zu modernisieren, erhöht. Unter den gelieferten Rüstungsgütern befanden sich überwiegend Unterwasserortungsgeräte sowie Ersatzteile für die drei deutschen TNC-45 Patrouillenboote und zwei deutsche U-Boote. Seit 2012 nimmt das Volumen deutscher Rüstungsexporte jedoch wieder ab, 2016 war es mit ca. 30.000 Euro verschwindend gering.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Ecuador 2012-2016, Mio. USD

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2012-2016
Summe	88	11	53	27	26	205

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

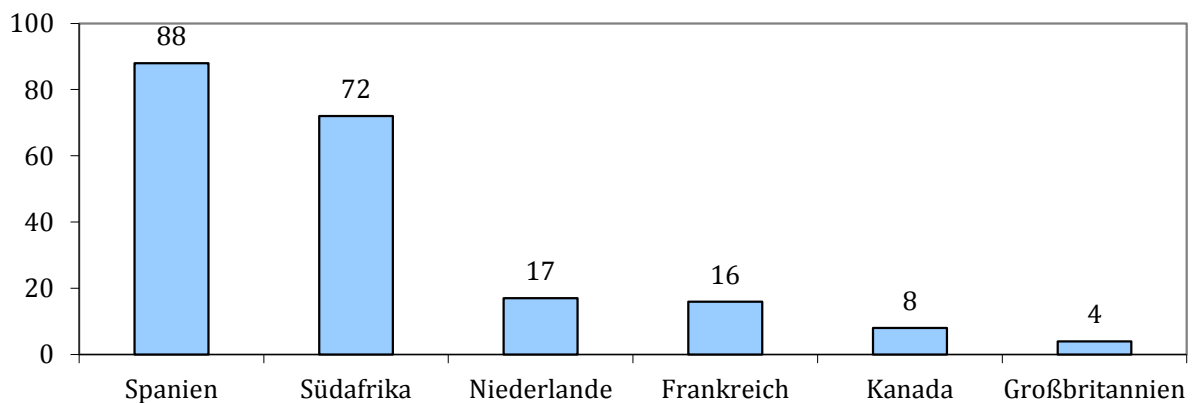
Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Ecuador 2012-2016, Mio. USD

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Ecuador liefert, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2012-2016, Mio. USD



Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand März 2017) nahm Ecuador zwischen 2012 und 2016 die 66. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Ecuador bezog den Großteil seiner Rüstungsgüter aus Spanien, Südafrika, den Niederlanden und Frankreich. Ecuador ist bestrebt, einen Großteil seines alten und teilweise schon gebraucht erworbenen Materials mit Hilfe dieser Staaten zu modernisieren. Südafrika ist zwischen 2011 und 2015 der größte Lieferant von Rüstungsgütern gewesen. Diese Tatsache ergibt sich vorwiegend aus der Bestellung von zwölf gebrauchten Cheetah-C Kampfflugzeugen im Jahr 2010, die in den Folgejahren (2011/2012) geliefert wurden. Der Gesamtumfang des Waffengeschäfts belief sich auf 78 Mio. US-Dollar und umfasste neben der Lieferung auch Vereinbarungen über technische Unterstützung in den nächsten fünf bis zehn Jahre. Traditionell wichtiger Rüstungslieferant ist auch Brasilien, wobei dessen Bedeutung jedoch in den letzten Jahren abnahm. Das Land lieferte in den Jahren 2010 und 2011 18 EMB-314 Super Tucano Trainings-/Kampfflugzeugen im Wert von 220 Mio. US-Dollar. Spanien lieferte im Zeitraum 2014 bis 2016 drei D-295-Transportflugzeuge und vier Lanza-Radare für den Luftraum. Kanada lieferte in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 18 Pratt & Whitney Canada PT-6-Wellentriebwerke an Ecuador, die als Propellerturbinenluftstrahltriebwerke („Turboprop“) Verwendung in EMB-314-Ausbildungs-/ Kampfflugzeugen fanden. 2012 erhielt Ecuador des Weiteren sechs von zwölf geplanten DA20-C1 Trainingsflugzeugen aus Kanada. Mit Frankreich schloss Ecuador 2010 einen Vertrag über die Lieferung von neun AS-350/AS-550 leichten Mehrzweck/ Militärhubschraubern, welche 2015 geliefert wurden. 2014 bestellte Ecuador zwei niederländische Stan Patrol 2606-Patrouillenboote, welche 2017 geliefert werden sollen. Seit 2011 waren bereits vier Schiffe dieses Bautyps in Kooperation mit Damen auf der ASTINAVE gebaut und 2012-2014 geliefert worden. Seit 2014 intensivieren sich die Beziehungen zu China, nachdem der Unterzeichnung einer Vereinbarung zur militärischen Hilfe. So spendete China 2016 unter anderem 10.000 AK-47-Sturmgewehre, Munition, drei Patrouillenboote und 300 Dieselgeneratoren. 2015 bestellte Ecuador 709 Militärfahrzeuge im Wert von 81 Millionen US-Dollar von China.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

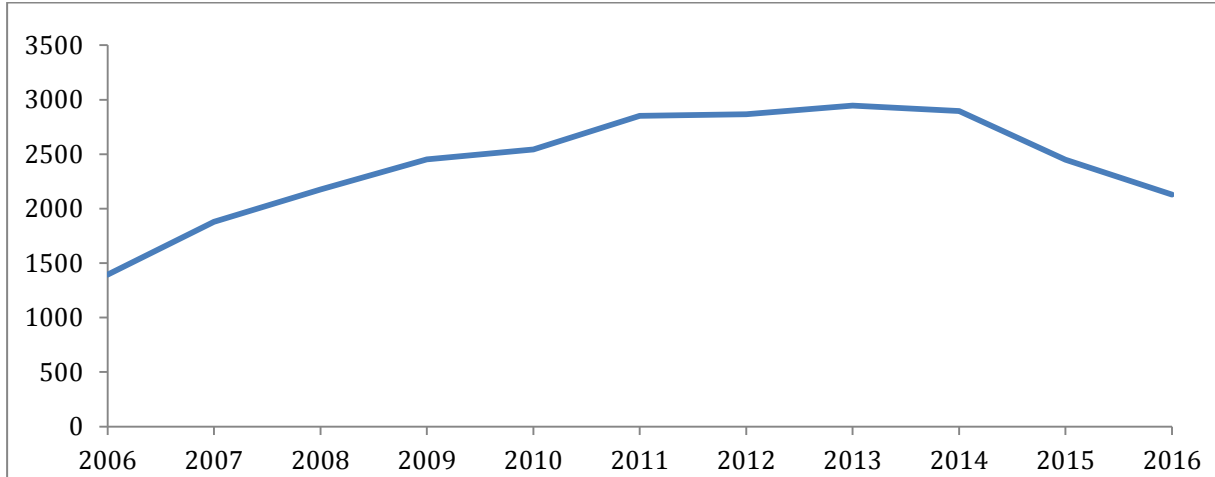
	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2865	2946	2897	2449	2130
Anteil am BIP (in Prozent)	2,9	2,9	2,8	2,4	2,2
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	7,3	6,6	6,3	6,3	5,9

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr. Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2006 – 2016 in Mio. USD

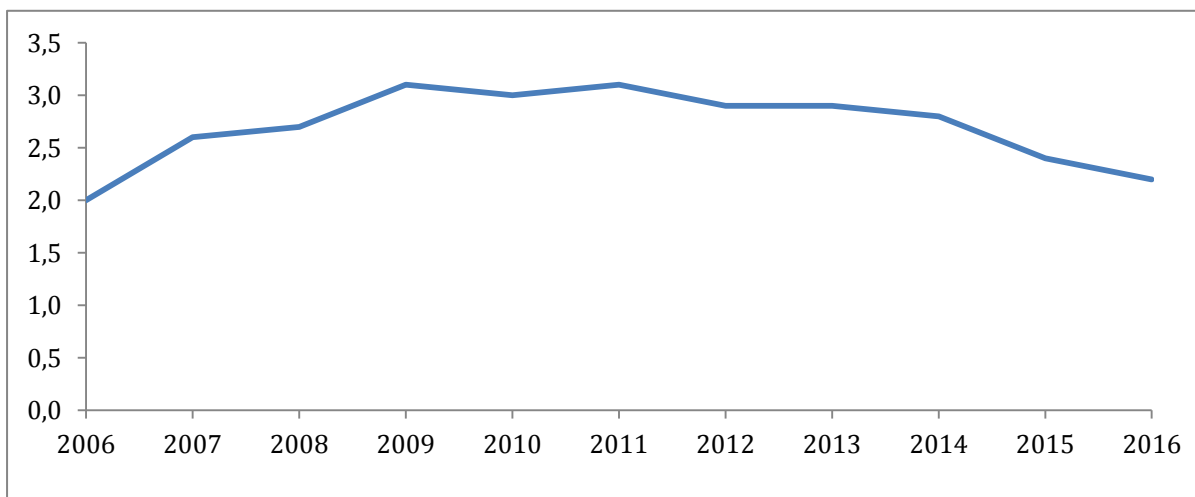


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2016.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2006 – 2016 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die ecuadorianische Rüstungsindustrie ist relativ klein. Waffen – insbesondere Kleinwaffen und Munition – werden nur sehr vereinzelt in Eigenproduktion hergestellt. Unter anderem wird die selbst entwickelte 9mm PAME-90 Maschinenpistole in Ecuador

produziert und von der ecuadorianischen Armee eingesetzt. Ausrüstungsgegenstände für die Streitkräfte wie Uniformen, Schuhe oder Zelte werden ebenfalls in den heimischen Fabriken produziert. Darüber hinaus besteht seit 2014 eine Kooperation mit der niederländischen Damen Group, durch die ASTINAVE eigene Patrouillenboote mit Unterstützung des Vertragspartners herstellt.

Im Dezember 2013 wurden außerdem Planungen bekannt, denen zufolge Ecuador und Weißrussland zukünftig eine Kooperation im Bereich der Drohnenentwicklung eingehen. Der Fokus soll hierbei auf unbemannte Luftfahrzeuge für den Grenzschutz liegen.

Bis heute bleibt Ecuador von Rüstungslieferungen abhängig, auch wenn seit den 1990er Jahren erfolgreich eigene Kapazitäten zur Wartung und Instandsetzung der eigenen Rüstungsgüter aufgebaut wurden. Das Land möchte sich, wie weitere südamerikanische Staaten, von ausländischen Rüstungskonzernen abkoppeln. Im Jahr 2010 hat die Nationalversammlung eine Verteidigungskooperation mit Brasilien und eine militärisch-technische Zusammenarbeit mit Venezuela vereinbart. Diese haben das Ziel, die eigene Rüstungsindustrie zu stärken und auszubauen. Insbesondere der Technologietransfer sowie gemeinsame Entwicklungen im Rüstungsbereich sind von Interesse. Hinzu kommen ein militär-akademischer Austausch und das gemeinsame technische Training. Überlegungen zu einer verstärkten Kooperation mit dem Iran gibt es seit 2009. Mit iranischer Hilfe soll ebenfalls die Rüstungsindustrie weiter ausgebaut werden. Konkrete Ergebnisse dieses Plans gibt es bislang nicht.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 1 Jahr (selektiv)

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

40.250 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 24.750

Marine: 9.100

Luftwaffe: 6.400

Reserve: 118.000

Paramilitärische Einheiten: 500

Quelle: IISS Military Balance 2017

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2008–2016

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Aktive in 1.000 (IISS)	58	58	58,5	58,5	58	58	58	40,3	40,3
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC Berechnungen)	4,3	4,3	4,2	4,2	4,0	3,7	3,7	2,5	2,5

Quellen: IISS Military Balance, 2009-2017, World Bank

Kommentar

Die Größe von Ecuadors Streitkräften ist im Verhältnis zu anderen Staaten der Region recht moderat. Der Großteil der Soldaten ist im Heer konzentriert. Ebenso ist es der politischen Führung möglich, auf eine Reserve von mehr als 100.000 Mann zurückzugreifen.

Nachdem es zu Problemen in der Luftraumüberwachung kam und Nachschublinien unterbrochen wurden, wurde 2008 eine neue Verteidigungsstrategie verabschiedet. Ein Ergebnis dieses Prozesses war das PATRIA I-Programm, das die Modernisierung der Armee sowie eine bessere Planung zur Durchführung von Operationen vorsieht.

Der letzte Kampfeinsatz der Streitkräfte war der Cenepa-Krieg mit Peru, der Teil eines größeren Grenzkonfliktes zwischen Peru und Ecuador war. Nach dem kurzen Krieg konnten beide Staaten 1995 einen Waffenstillstand erreichen. Über die nationalen Verteidigungsaufgaben hinaus nehmen die ecuadorianischen Streitkräfte aktiv an der Friedensmission in Haiti (UN-MINUSTAH) teil.

Nachdem Kolumbien ein Friedensvertrag mit der FARC abschloss, kündigten die ecuadorianischen Streitkräfte eine Reduzierung der Ausgaben zur Grenzsicherung an.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Leichte Panzer	24	
Aufklärer	67	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	123	
Artillerie	Mehr als 541	
Panzerabwehr	404	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Luftabwehr	240	Zahl der Geschütze; zusätzlich tragbare Flugabwehrraketen, u.a. <i>Blowpipe</i>
Transportflugzeuge	14	
Ausbildungsflugzeuge	6	
Mehrzweckhubschrauber	32	Davon 13 mit HOT-Panzerabwehrlenk Waffen ausgestattet
Transporthubschrauber	13	

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Das Heer verfügt trotz verschiedener Waffensysteme über größtenteils einheitliches Equipment. Die Armee nutzt darüber hinaus etwa 24 veraltete leichte Kampfpanzer des Typs AMX-13. Diese wurden nur bis 1985 produziert und Ecuadors Bestand bereits 1990 modernisiert. Der Zustand ist demnach ungewiss.

Da das Heer neben der Landesverteidigung auch im Kampf gegen organisierte Kriminalität und den Drogenhandel sowie der Verhinderung illegaler Einwanderung eingesetzt wird, ist das Equipment besonders auf schnell verlegbare Einheiten ausgelegt. Dazu setzt das Heer russische Mi-17 Mehrzweckhubschrauber und französische As-332 Super Puma Hubschrauber ein. Letztere wurden im Juni 2017 nach einer umfassenden Modernisierung wieder in Betrieb genommen.

Das Schnellfeuergewehr HK33 von Heckler&Koch dient als Standardgewehr bei Spezialeinheiten und Marineinfanterie. Etwa 30.000 Stück wurden 1994 aus England geliefert, weitere 3000 aus Chile.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	
Fregatten	1	
Patrouillenboote	9	
Davon Korvetten	6	
Logistik und Unterstützung	8	

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 2

Marineflieger

*1 Küstenpatrouillenflugzeug
3 Aufklärungsflugzeuge
6 Ausbildungsflugzeuge
3 Transportflugzeuge
9 Transporthubschrauber
5 Drohnen (2 Heron; 3 Searcher)*

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 3

Marineinfanterie

*Artilleriegeschütze: Mehr als 32
Luftabwehr: Einige, z.B. 9K38 Igla schultergestütztes Boden-Luft-Lenkwaffensystem*

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die ecuadorianische Marine ist eine gut strukturierte und trainierte Teilstreitkraft. Sie verfügt über ausgeglichenes Material, das sie befähigt, ihre Aufgaben der Seeraumüberwachung und den Schutz der Küstengewässer wahrzunehmen. Unter den rund 30 Schiffen befinden sich auch zwei deutsche U-Boote der Klasse 209/1300. Beide wurden infolge eines 2008 unterzeichneten Vertrages mit der chilenischen Asmar Werft einer Grundinstandsetzung und Modernisierung unterlegt. Das Geschäft, an dem auch der französische Hersteller DCNS beteiligt ist, hat ein Volumen von etwa 120 Mio. US-Dollar und wird die Laufzeit der beiden U-Boote um etwa 20 Jahre verlängern. Die SHYRI befindet sich bereits wieder in Ecuador, während die Arbeiten an der HUANCAVILCA 2014 abgeschlossen wurden.

Jüngste Anschaffungen und geplante Rüstungskäufe waren stets auf die effektive Bekämpfung des Drogenschmuggels ausgelegt. Hierbei kooperiert die Marine eng mit der US-Marine. Im Rahmen dieser Kooperation wurden infolge der Vereinbarungen von 2011 auch zwei SH-2G Helikopter im Gesamtwert von etwa 60 Mio. US-Dollar aus den USA geliefert, die besonders zur Bekämpfung von Unterseebooten geeignet sind, da diese verstärkt zum Schmuggeln eingesetzt werden. Die Kooperation mit anderen Staaten umfasst ebenso China, dessen Marine im Jahr 2009 im Hafen von Guayaquil vor Anker ging.

Die Marineflieger können auf zahlreiche Flugzeuge und Hubschrauber zurückgreifen, die alle einsatzbereit sind. Sie unterstützen die Marine, andere Einheiten des Militärs und die Küstenwache bei ihren Operationen. Die Marineinfanterie greift neben der HK 33 auch auf die MP-5 von Heckler&Koch zurück. 2012 kündigte Präsident Correa weitere Modernisierungsmaßnahmen mit Blick auf die Seestreitkräfte an. Dazu zählen beispielsweise die Beschaffung von zwei Such- und Rettungshelikopter (SAR), sechs Beech-

craft Patrouillenflugzeuge, und möglicherweise Ersatz für zwei raketenbestückte Fregatten. Weitere kleine Schiffe und unbemannte Flugzeuge (UAV's) dienen dem Ausbau des sogenannten Luft-See-Überwachungssystems (Air-Maritime Surveillance System, SVAM).

Ab 2017 können die eigens gebauten Hochseepatrouillenboote Isla San Cristobal und Isla Isabela eingesetzt werden, wodurch die Fähigkeiten in der Küstenwache erhöht werden sollen.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	25	
Transportflugzeuge	28	Davon 9 Passagierflugzeuge
Ausbildungsflugzeuge	39	Davon 17 kampffähig
Transporthubschrauber	7	
Luftabwehr	Mehr als 105	Zahl der Flugabwehrraketen und Geschütze; zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme, z.B. 9K38 <i>Igla</i>
Radar	4	
Raketen	Einige	z.B. <i>Python</i> III und IV

Quelle: *IISS Military Balance 2017*

Kommentar

Die Luftwaffe hat in den letzten Jahren große strategische Fähigkeitslücken identifiziert und umfassende Modernisierungs- und Beschaffungsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Insgesamt verfügt die Luftwaffe über Flugzeuge und Hubschrauber aus zahlreichen Ländern. Nach durchaus erfolgreichen Kriegseinsätzen in den 1990er Jahren, beschränken sich die heutigen Aufgaben auf den Kampf gegen Drogenanbau/-schmuggel, humanitäre Missionen und Logistikaufgaben in der Amazonasregion. Insbesondere Anschaffungen wie zwölf Cheetah Kampflugzeugen aus Südafrika (2011/2012), die für die veralteten Mirage F1 zum Einsatz kommen sollen, haben zu einer deutlichen Verbesserung der Fähigkeiten der Luftwaffe beigetragen. Zuletzt erhielt der kanadische Flugzeugbauer Diamond Aircraft einen Auftrag zum Bau von bis zu zwölf DA20-C1 Trainingsflugzeugen, von denen in der ersten Jahreshälfte 2012 bereits sechs ausgeliefert wurden. Ecuador hat mit dem indischen Rüstungsunternehmen Hindustan Aeronautics Limited (HAL) einen Vertrag über den Kauf von sechs leichten Hubschraubern (Dhruv) in einem Gesamtwert von 51 Mio. US-Dollar abgeschlossen, die 2009 geliefert wurden. Allerdings gab es mit dem Mehrzweckhubschrauber häufig technische Probleme und

Zwischenfälle, insgesamt vier der sieben gelieferten Dhruv stürzten ab. Ecuador hat deshalb in Frankreich bis zu neun Hubschrauber des Typs AS550 C3 Fennec der Firma Eurocopter geordert, von denen sechs bis zum Jahre 2013 bereits geliefert wurden, und den Vertrag mit Hindustan Aeronautics aufgekündigt.

2016 stellte Ecuador seine drei verbliebenen HAL Fhruv-Hubschrauber zum Verkauf, obwohl die Luftwaffe ohnehin schon nur über wenige Hubschrauber verfügt.

Box 4

Paramilitärische Einheiten

Polizeilicher Luftverkehrsdienst: 3 Aufklärungshubschrauber, 6 Transporthubschrauber

Küstenwache: 21 Patrouillenboote

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 5

Peacekeeping

Elfenbeinküste (UNOCI): 2 Beobachter

Haiti (MINUSTAH): 1 Soldat

Sudan (UNISFA): 1 Soldat, 2 Beobachter

Sudan (UNAMID): 1 Soldat, 3 Beobachter

Quelle: IISS Military Balance 2017

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Ecuadors Militär ist integraler Bestandteil des Staates und der Gesellschaft. Neben den ureigenen Aufgaben die Sicherheit und Souveränität des Staates nach außen zu schützen, obliegen dem Militär ebenfalls Aufgaben, die Sicherheit und Ordnung im inneren des Staates zu garantieren. Insgesamt ist das Militär ein starker und wichtiger Akteur im politischen und gesellschaftlichen Leben. Historisch gesehen war das Militär während der Militärherrschaft zwischen 1963 und 1966 sowie zwischen 1972 und 1979 die prägende Kraft im Land. Anschließend wurde es zusehends zum Instrument der verschiedenen Regierungen. Zwar gab es in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutliche Fortschritte in der Demokratisierung des Landes, doch ist es bis heute nicht gelungen, eine umfangreiche demokratische bzw. parlamentarische Kontrolle des Militärs zu etablieren. Im Jahr 2000 versuchten Teile des Militärs in seltener Einigung mit indigenen Bevölkerungsgruppen, den damaligen Präsidenten Mahuad aus dem Amt zu putschen. Ältere Offiziere stemmten sich jedoch gegen den Plan und ließen den Anführer und zahlreiche junge Offiziere verhaften. Im Jahr 2010 kam es zu einem weiteren Putschversuch, als Teile der Nationalpolizei und einige Offiziere des Militärs wichtige Einrichtungen des Staates, unter anderem das Parlament, den internationalen Flughafen und die Fernsehstationen, besetzten. Auslöser für den Aufstand waren drastische Lohnkürzungen. Präsident Correa, der letztlich von loyalen Militärs und Polizeieinheiten aus dem Kranken-

haus befreit wurde, in dem man ihn festgehalten hatte, beschuldigte die Opposition, den Putsch für ihre politischen Motive instrumentalisiert zu haben. Als Ergebnis dieses Drucks veranlasste Correa im Oktober 2010 die Erhöhung der Löhne für die Streitkräfte und die Polizei. Derzeit ist das Militär gegenüber dem Präsidenten weitestgehend loyal. Es wird deshalb vermutet, dass diese Loyalität über Gehaltserhöhungen erkaufte wurde.

In der langen Zeit der Aufstände und Proteste um das Jahr 2010 herum, sowie den versuchten Umstürzen, übernahm das Militär immer wieder die Kontrolle, agierte jedoch häufig als Vermittler und weniger als Unterdrücker. So gelang es dem Militär 1995, in dem politischen Stillstand zwischen Kongress und Präsidenten bei der Besetzung eines Vizepräsidentenpostens zu vermitteln. Das ecuadorianische Militär gilt deshalb als zentraler Akteur des politischen Systems, der häufig eine aktive Rolle übernimmt. In Untersuchungen wird auf die zweifelhafte Akzeptanz innerhalb des Militärs, sich gewählten zivilen Regierungen unterzuordnen, hingewiesen. Auch insgesamt existieren Bedenken, ob das Militär einen demokratischen Konsolidierungsprozess ausreichend unterstützt.

Jenseits dessen ist das Militär über die aktive Rolle in der sozioökonomischen Entwicklung des Landes tief in der Gesellschaft verankert. Zusätzlich zu den Lohnerhöhungen nach dem Putschversuch und zur Sicherstellung der Loyalität des Militärs, übergab Präsident Correa dem Militär erneut die Kontrolle des staatlichen Erdölproduzenten Petroecudaor, der bereits zwischen 2007 und Anfang 2010 von der Marine kontrolliert wurde. Vordergründig wurde diese Entscheidung mit dem Kampf gegen die Korruption begründet. Das Militär unterhält und kontrolliert zusätzlich Unternehmen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft, wie etwa dem Tourismus, der Landwirtschaft und dem Abbau natürlicher Ressourcen. In den meisten Fällen ist nur ein Minimum an Transparenz hinsichtlich der Aktivitäten des Militärs gegeben.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

Es liegen keine Angaben vor.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2015

Die ecuadorianische Polizei (National Police) ist formal Teil des Militärs und steht unter Aufsicht des Ministeriums für allgemeine Regierungsangelegenheiten (Ministry of Government). Die Funktion der Nationalpolizei ist die Wahrung der öffentlichen Ordnung sowie die Garantie der internen Sicherheit. Ihre Organisation ist eng an die hierarchischen Strukturen des Militärs geknüpft. Der Präsident ist nicht nur Oberbefehlshaber des Militärs, sondern übt auch direkte Befehlsgewalt und Kontrolle über die Polizei aus.

Erhebliche Mängel bestehen jedoch innerhalb der Polizei hinsichtlich der Aufklärung von Verbrechen und der allgemeinen Unterstützung der Zivilbevölkerung. Hinzu kommen anhaltende Korruption sowie Verwicklungen weiterer Teile der Polizei in den gras-

sierenden Drogenhandel. Darüber hinaus gibt es Berichten zufolge immer wieder Menschenrechtsverletzungen, zu denen unter anderem außergerichtliche Tötungen, unzureichende Zustände in Gefängnissen oder willkürliche Festnahmen gehören. Dazu gehört ebenfalls, dass vielen Häftlingen ein ordentliches Gerichtsverfahren vorenthalten wird. Ferner bestehen Defizite bei der Verfolgung und Aufklärung von Verbrechen, die mutmaßlich von Polizisten begangen wurden. Dabei wird häufig deutlich, dass die Unabhängigkeit des Justizsystems nicht immer gewährleistet ist.

Mängel und Defizite bei der Polizei sowie der daraus resultierende unzureichende Schutz der Bevölkerung führen vermehrt zu Fällen von Selbstjustiz. Betroffen sind insbesondere arme und indigene Bevölkerungsgruppen.

Es gibt nur wenige paramilitärische Organisationen. Ihre politischen Ziele variieren zwischen Korruptionsbekämpfung in der Polizei, Vertretung indigener Interessen, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sowie linksgerichteten Revolutionsgedanken. In der Grenzregion zu Kolumbien operiert die kolumbianische FARC, die ecuadorianische Gebiete als Rückzugsgebiete nutzt. Sie führen einen bewaffneten Kampf gegen den Staat und seine Repräsentanten und finanzieren sich durch illegale Aktivitäten wie Drogenanbau und -schmuggel sowie Entführung und Erpressung.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Ecuador ist einem Großteil der internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Das Land gehört zu den am meisten verminten Staaten der Welt. Zwar wurden seit dem Ende des Konfliktes mit Peru im Jahre 1998 keine Minen mehr eingesetzt; das Gebiet um Condor Mountain Range (Cordillera del Cóndor) ist dennoch ein Beispiel für den Zustand des starken Minenvorkommens in Ecuador. Die Regierung beantragte daher im Jahr 2008 eine Verlängerung der Minenräumung. Zu diesem Zwecke spendete Deutschland einen Radlader und übergab diesen 2010 dem Generalkommando für Minenräumung des ecuadorianischen Militärs. Damit knüpft Deutschland an die Bestrebungen an, einen Beitrag zur minenfreien Grenze zwischen Peru und Ecuador zu leisten. Der Landmine & Cluster Munition Monitor lobt das Kooperationsengagement Ecuadors. Ecuador lieferte einen detaillierten Bericht über das nach wie vor bestehende Minenproblem und die Fortschritte zu dessen Lösung. Es sind derzeit keine Sanktionen der Vereinten Nationen oder der Europäischen Union gegen Ecuador verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 6**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2016**

Ecuador is a constitutional, multiparty republic with an elected president and unicameral legislature. In 2013 voters re-elected President Rafael Correa and chose members of the National Assembly in elections that were generally free and fair. In December 2015 the National Assembly approved 16 amendments to the constitution, including one that would eliminate term limits for the presidency and other elected positions, starting after the 2017 national elections. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. The main human rights abuses were lack of independence in the judicial sector; restrictions on freedom of speech, press, assembly, and association; and corruption. Government regulatory bodies established under the 2013 communications law issued a series of sanctions, fines, and forced corrections and retractions, primarily against independent media and journalists [...]. The government used presidential decrees to dissolve civil society organizations on broad and ambiguous grounds. Limits on freedom of assembly continued, particularly affecting environmental activists and indigenous groups. Other human

rights problems continued: excessive force and isolated unlawful killings by security forces; arbitrary arrest and detention; and delays and denial of due process. Violence and discrimination against women, children, minority groups, and the lesbian, gay, bisexual, transgender, and intersex community; trafficking in persons; and child labor persisted. The government sometimes took steps to prosecute or punish officials in the security services and elsewhere in government who committed abuses, although in cases of public interest, political interference often resulted in impunity.

Quelle: *United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2016*
<http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm#wrapper>

Box 7

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2016/2017

Critics of the authorities, including human rights defenders, faced prosecution, harassment and intimidation; the rights to freedom of expression and of association were restricted. The right to free, prior and informed consent relating to development projects which adversely affected livelihoods, was denied to Indigenous Peoples. The UN Human Rights Committee expressed concerns about violations of the ICCPR including: the repeated use by police of force against peaceful demonstrations; legal provisions which threatened the rights to freedom of association and assembly; delays to legislative reform to allow adequate consultation with Indigenous Peoples and Nationalities and other communities.

Quelle: *Amnesty International Report 2016/2017*
<https://www.amnesty.org/en/countries/americas/ecuador/report-ecuador/>

Box 8

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2017

Bewertung für Ecuador auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

Bürgerliche Rechte: 4

Politische Rechte: 3

Gesamtbewertung: Teilweise frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2017

Ecuador transitioned to democracy from a military regime in 1979, and since then has experienced the ouster of three presidents under popular or military pressure. Elections take place regularly amid a highly fragmented party system. A leftist government has ruled the country for the past decade, and has introduced a new constitution that guarantees the rights of women and minorities, among other improvements. However, the government has a poor record regarding respect for civil liberties, particularly freedom of expression.

Quelle: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2017/ecuador>

Kommentar

Ecuador ist den zentralen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Bei der Umsetzung der Verträge und Konventionen gibt es jedoch weiterhin erhebliche Defizite. Die Verfassung sieht den Schutz der grundlegenden Menschenrechte vor, in der Praxis kommt es Berichten zufolge allerdings regelmäßig zur Missachtung oder gar Verletzung dieser Rechte. Beispiele hierfür sind Verstöße gegen die Rechte von Frauen und Kindern, schlechte Gefängnisbedingungen oder willkürliche Verhaftungen und Übergriffe durch Sicherheitskräfte.

Die Regierung unter Correa greift die Medien des Landes immer wieder verbal und über Anzeigeverfahren an. Für die Medien und die Bevölkerung ist eine Kritik an der Regierung und dem Präsidenten weiterhin schwierig. Jegliche Anschuldigung gegenüber der Regierung oder der Verwaltung kann mit bis zu zwei Jahren Gefängnis geahndet werden. In der Vergangenheit gab es seitens der Regierung wiederholt Versuche, die Meinungs- und Pressefreiheit weiter einzuschränken und zu regulieren.

Die politische und soziale Fragmentierung erschwert die Umsetzung von Menschenrechtsstandards und manifestiert die soziale Ungleichheit. Im Hinblick auf wirtschaftliche Rechte besteht weiterhin eine signifikante Ungleichbehandlung der Frauen. Dies spiegelt sich in schlechten Beschäftigungsmöglichkeiten und einer deutlich geringeren Bezahlung wider. Diskriminiert werden auch indigene Bevölkerungsgruppen und Homosexuelle.

Bemerkenswert ist die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte am 11. Juni 2010. Ecuador ist damit weltweit das erste Land, das diesen Pakt ratifiziert hat und somit seinen Bürgern erlaubt, ein internationales, unabhängiges Gremium anzurufen, sollten diese grundlegenden Rechte verletzt werden.

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Oktober 2017)

Die Republik Ecuador ist eine Präsidialdemokratie mit Einkammerparlament (Asamblea Nacional). Die am 20.10.2008 in Kraft getretene Verfassung hatte die Rolle des der Exekutive vorstehenden Präsidenten deutlich gestärkt. Die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen finden im Februar 2021 statt. Aus den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2017 ging im 2. Wahlgang (2.4.) Lenin Moreno (AP) als Sieger hervor. Er errang 51,16% der Stimmen, sein Konkurrent Guillermo Lasso (CREO) 48,84. Lasso hatte die Wahl angefochten. Das Wahlgericht hatte einem Antrag Lassos auf Neuauszählung aller Stimmen nicht stattgegeben; es erfolgte lediglich eine teilweise Neuauszählung, die das Ergebnis nur geringfügig veränderte. Lasso hat auch nach dieser Entscheidung das Ergebnis nicht anerkannt. Staatspräsident Rafael Correa, der das Land seit 2007 regiert hatte, wird am 24. Mai 2017 sein Mandat beenden, das sein Parteigenosse Moreno übernimmt. Im neuen Parlament, das 137 Abgeordnete zählt, wird die bisherige Regierungspartei „Allianza Pais“ (AP) mit 74 Sitzen weiterhin über die absolute Mehrheit verfügen (2013: Zweidrittel-Mehrheit). Weitere im

Parlament vertretene Parteien und Wahlbündnisse: CREO-SUMA 28 Sitze, PSC 15, CREO 4, Pachakutik 4, örtliche Bewegungen 3, ID 3, PSP 2, SUMA 2, FE 1, Pachakutik-ID 1. Das neue Parlament wird am 14. Mai 2017 erstmals zusammentreten. Bei den Regional- und Kommunalwahlen im Februar 2014 hatte das Regierungsbündnis "Alianza País" seine Stellung als landesweit stärkste politische Kraft zwar behaupten können, war aber in den größten Städten des Landes durch Oppositionskandidaten verdrängt worden. Der im August 2015 nach erhöhten Aktivitäten des Vulkans Cotopaxi über das ganze Land verhängte Ausnahmezustand wurde im Oktober 2015 wieder aufgehoben. Im April 2016 erschütterte ein schweres Erdbeben die Küstenregion Ecuadors (Provinzen Manabí und Esmeraldas), bei dem über 600 Menschen ums Leben kamen und zahlreiche Gebäude und Infrastruktur zerstört wurden.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/ecuador-node/-/223266>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2016)

Im Jahresbericht 2016 von Transparency International, für den in 176 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Ecuador auf Platz 120 (2015: Platz 107), zusammen mit Malawi und der Dominikanischen Republik. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016

Spannungen und innere Konflikte

Zwischen der Bevölkerung, insbesondere den indigenen Bevölkerungsgruppen, dem Staat und den Erdölfirmen gibt es zahlreiche Auseinandersetzungen über die Verteilung der Gewinne aus der Erdölförderung sowie den Umgang mit Folgeschäden der Förderung für die Umwelt. Deshalb kam es in der Amazonasregion immer wieder zu Protesten der Bevölkerung gegen die Erdölkonzerne. Von den Demonstranten wurden die Forderungen erneuert, die Gewinnbeteiligung zu verbessern, den Umweltschutz zu garantieren und eine verbesserte Förderung regionaler Projekte durch die Unternehmen zu gewährleisten. Es ist angesichts der aktuellen Entwicklung und zahlreichen Berichten zu bezweifeln, dass sich die Regierung für die Interessen der lokalen Bevölkerung in Erdölgebieten nachhaltig einsetzt. Neben diesem Konflikt, der viele indigene Bevölkerungsgruppen betrifft, gibt es einen weiteren lang anhaltenden systemischen Konflikt zwischen der Regierung und verschiedenen Oppositionsgruppen. Die Oppositionsgruppen werden angeführt von unterschiedlichen indigenen Bevölkerungsgruppen, die sich in der Konföderation der indigenen Bevölkerungsgruppen Ecuadors (CONAIE) zusammengeschlossen haben. Der Protest richtet sich gegen Gesetzesvorhaben der Regierung in den Bereichen Medien, Bergbau und Erdölförderung sowie im Wassersektor. Letzteres hat zu großen Protesten gegen die geplante Privatisierung der Wasserversorgung geführt. Nichtsdestotrotz sind weite Teile der Wasserversorgung inzwischen privatisiert worden. Mit der 2008 angenommenen neuen Verfassung war das Ziel verbunden, die zahlreichen internen Spannungen und Konflikte beizulegen. Auf der einen Seite räumt die Verfassung dem Präsidenten zwar weitreichende Vollmachten ein, auf der anderen Seite wurden das Recht auf soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt, Gleichberechtigung, Umweltschutz, mehr Bürgerbeteiligung, Schutz der nationalen Souveränität, kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung, transparente und effiziente Verwaltung und sogar das Recht auf "gutes Leben" in die Verfassung aufgenommen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Ecuador liegt im Nordwesten Südamerikas und grenzt im Norden an Kolumbien und im Osten sowie im Süden an Peru. Im Westen grenzt das Land an den Pazifischen Ozean.

Politische Situation in der Region

Die politische Situation in der Region ist angespannt. Zwar ist die politische Lage in einigen Staaten der Region als stabil zu bezeichnen, in anderen wiederum herrschen weiterhin Konflikte, soziale Auseinandersetzungen und politische Umbrüche. Beispiele hierfür sind Konflikte in Kolumbien, zwischen Venezuela und Kolumbien sowie zwischen den Regierungen in Bogota und Quito hinsichtlich Grenzverletzungen zwischen Kolumbien und Ecuador. Dieser Streit war zuletzt im September 2015 eskaliert, als Venezuela mehrere Grenzübergänge zu Kolumbien geschlossen und mehr als 1.000 Kolumbianer ausgewiesen hatte. Neben diesem Streitfaktor gibt es eine Reihe weiterer ungelöster Grenzfragen zwischen den Staaten Südamerikas.

Die gesamte Region ist von einem Kampf um die regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. Mexiko und Brasilien konnten in ihrem Konflikt um die regionale Führungsrolle eine deutliche Verbesserung ihrer Beziehung erzielen. Auch mit Venezuela, ebenfalls ein direkter Konkurrent auf dem Kontinent, verbesserte sich das Verhältnis zuletzt sogar soweit, dass der ehemalige brasilianische Präsident Lula seine Vermittlungstätigkeit im Streit mit Kolumbien anbot. Brasilien ist bestrebt, durch den Ausbau und die Modernisierung seines Militärs seinen regionalen Führungsanspruch zu untermauern und strebt darüber hinaus einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Stabile demokratische Verhältnisse in Brasilien und ein wirtschaftliches Wachstum sind für diese Entwicklung förderlich.

In Kolumbien war der bewaffnete Konflikt zwischen linksgerichteten Guerillagruppen und dem kolumbianischen Militär nach lange ungelöst. Daneben standen die Paramilitärs im Konflikt mit den Guerillagruppen. Im September 2015 schloss die kolumbianische Regierung mit den Farc-Rebellen einen Friedensvertrag und verkündete nach über dreijährigen Verhandlungen einen ersten Durchbruch bei der Lösung des Konflikts. Bis Ende März 2016 soll ein Friedensabkommen unterzeichnet werden.

Wirtschaftlicher Faktor in dem Konflikt ist der Drogenanbau, besonders der Anbau der Kokapflanze. Kolumbien behauptet, Ecuador und Venezuela würden die Guerillagruppen unterstützen, was beide Regierungen jedoch bestreiten. Im Jahr 2008 kam es zu einem militärischen Zwischenfall, als die kolumbianische Luftwaffe FARC Rebellen auf ecuadorianischem Hoheitsgebiet angriff. Zwar wurde der daran anschließende diplomatische Streit bei einem Gipfeltreffen offiziell beigelegt, doch reichte Ecuador 2008 gegen Kolumbien Klage am Internationalen Strafgerichtshof ein.

Seit einiger Zeit wird diskutiert, ob in der Region ein Rüstungswettlauf zu beobachten ist. Fest steht, dass einige Länder in Lateinamerika in der letzten Zeit beträchtlich in den Verteidigungshaushalt investieren und zahlreiche neue Waffen einkaufen. So bestehen zwischen Venezuela und Russland, Kolumbien und den USA sowie zwischen Brasilien und Frankreich strategische Rüstungsallianzen. Eine defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz haben bei den Waffeneinkäufen in manchen Fällen zu Misstrauen

geführt. Bereits im Jahr 2005 kam es zu vier großen Waffenkäufen Venezuelas im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar (12-24 Super Tucano Flugzeuge aus Brasilien, 15 Helikopter, 12 C-295 Flugzeuge aus Spanien und zahlreiche Boote ebenfalls aus Spanien). Insbesondere die Anschaffung von Fregatten aus Spanien wird von Kolumbien als destabilisierend für die Region beschrieben. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengungen Venezuelas, Waffen russischer Lizenz zu produzieren (AK-47), da diese sich im kolumbianischen Konflikt verbreiten könnten. Angesichts zahlreicher Funde venezolanischer Waffen in Kolumbien in den letzten Jahren erscheint diese Sorge durchaus berechtigt.

Zwar konnten eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region die Zusammenarbeit stärken, doch haben jüngste Waffenkäufe (Venezuela, Brasilien, Chile) die sicherheitspolitische Kooperation erschwert. Angesichts der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen die Region steht, erscheinen Vertrauensbildung und Kooperation jedoch notwendig: Terrorismus, Drogenschmuggel, Menschenhandel, organisierte Kriminalität, Geldwäsche und ausufernde Korruption sind Bedrohungen und Herausforderungen, die alleine nicht zu lösen sind.

Grenzkonflikte

Zwischen Ecuador und Peru bestand ein lang anhaltender Grenzkonflikt, immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten geführt hat. Bereits seit dem 19. Jahrhundert war der Grenzverlauf ungeklärt. Diplomatische Lösungsansätze um ein Verständnis über die Festlegung der Grenze herbeizuführen, scheiterten mehrfach. Anfang 1981 kam es zu einem militärischen Zwischenfall, als die peruanische Armee einige Grenzposten des ecuadorianischen Militärs besetzte. Erst 1992 einigten sich beide Staaten darauf, eine friedliche Lösung des Konflikts anzustreben. Bereits zwei Jahre später kam es jedoch zu einer Mobilisierung der ecuadorianischen Armee und im Januar 1995 schließlich zu einem Krieg zwischen beiden Staaten. Der Krieg konnte bereits nach einem Monat formal beendet werden, es dauerte allerdings noch bis zum Jahr 1999, bis ein endgültiger Friedensvertrag mit Anerkennung der Demarkationslinie unterzeichnet werden konnte. Fast weitere zehn Jahre dauerte es, bis sich beide Staaten 2008 bereit erklärten, die gemeinsame Minenräumung entlang des ehemals umstrittenen Grenzverlaufs voranzubringen.

Die Grenzkonflikte mit Kolumbien waren zuletzt von großer Bedeutung. Die kolumbianische Guerillabewegung FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia: Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) ist Ursache und Auslöser der Spannungen zwischen Ecuador und Kolumbien. Bereits 2004 kam es zu ersten Zwischenfällen, als Ecuador versuchte durch Zerstörung dreier FARC-Lager präventiv den Konflikt vom eigenen Territorium fernzuhalten. Kolumbien verletzte mehrfach die Souveränität Ecuadors durch die militärische Bekämpfung der FARC Rebellen auf ecuadorianischem Staatsgebiet. Im März 2008 eskalierte die Situation als Kolumbien den Kommandanten der FARC Raúl Reyes auf ecuadorianischem Territorium mit amerikanischer Hilfe ortete und während einer militärischen Aktion erschoss. Da die Regierung in Quito vorher über eine solche Aktion nicht informiert wurde, brach sie die Beziehungen zu Kolumbien ab und verlegte Truppen an die Grenze. Ab Ende 2009 konnte mit der Einsetzung einer binationalen Grenzkommission (Combifron) eine deutliche Verbesserung der politischen Beziehungen erreicht werden. Diplomatische Beziehungen wurden jedoch erst im Dezember

2010 wieder aufgenommen. Dies hatte auch positive Auswirkungen auf die Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte entlang der Grenze. Trotz der erreichten Fortschritte kommt es weiterhin zu gewaltsamen Zwischenfällen in der Grenzregion. Die humanitäre Situation in den Grenzregionen bleibt angespannt, da Zivilisten immer wieder zwischen die Fronten geraten.

Regionale Rüstungskontrolle

Bereits 1967 bildete die Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone einen ersten Schritt hin zu einer regionalen Rüstungskontrolle. Allerdings führte dieser Vertrag anschließend nicht zu weiteren Mechanismen hinsichtlich der konventionellen Rüstungskontrolle. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachtern zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen in den letzten Jahren entstanden: zum einen die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import/ Export Wege transparent zu machen, zum anderen die OAS Transparency Convention mit Ziel, einen Informationsaustausch zwischen den Staaten zum Import und Export konventioneller Waffen herbeizuführen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Ecuador sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Ecuador 68 Prozent im Jahre 2015 und ist damit im Vergleich zu den Vorerhebungsjahren konstant geblieben (2013: 68 Prozent). Der dadurch entstandene Schaden belief sich 2015 auf 137 Millionen US-Dollar und ist damit gegenüber 2013 (130 Mio. USD) leicht gestiegen. Im Vergleich zu anderen Staaten Südamerikas weist das Land eine moderate Piraterie-Rate auf.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2016

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Box 11

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft laut der Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (Oktober 2017)

Ecuador ist Mitglied der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen. Der – nach einem Raubüberfall seit vielen Jahren auf den Rollstuhl angewiesene – ehemalige ecuadorianische Vizepräsident Lenin Moreno wurde im Dezember 2013 von VN-Generalsekretär Ban Ki Moon zum Behindertenbeauftragten der VN bestellt. Ferner ist Ecuador Mitglied zahlreicher weiterer internationaler Organisationen: Union Südamerikanischer Staaten (UNASUR), Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Andengemeinschaft (CAN, Comunidad Andina), Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC, Comunidad de Estados Latinoamericanas y Caribeñas, 2011 in Caracas gegründet), G-77, Interamerikanische Entwicklungsbank (BID), Welthandelsorganisation (WTO), Rio-Gruppe (seit 1990), Organisation erdölexportierender Länder (OPEC, erneut seit November 2007), Bolivarische Allianz für Amerika (ALBA, Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América), Mercosur (assoziiert), Lateinamerikanische Integrationsvereinigung (ALADI, Asociación Latinoamericana de Integración), Lateinamerikanisches Wirtschaftssystem (SELA, Sistema Económico de Latinoamérica y del Caribe). Das Verhältnis zu den USA, dem größten Wirtschaftspartner Ecuadors, ist ambivalent. Probleme bestehen unter anderem wegen des US-Einflusses bei der OAS, des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (IACHR), wegen des Kuba-Embargos sowie Guantánamo, der Snowden-Enthüllungen, wegen jahrzehntelang andauernden Prozessen um Umweltschäden durch zurückliegende Ölförderung der US-Firmen Texaco (heute Chevron) und Oxy. Die US-Hilfsorganisation USAID hat ihre Aktivitäten in Ecuador im September 2014 eingestellt. Eine gewisse Entspannung ergab sich 2015 durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und Kuba. Die Beziehungen zu den Nachbarländern Peru und Kolumbien sind nach früheren Spannungen heute weitgehend problemlos und eng, dies geht bis zur Durchführung gemeinsamer Kabinettsitzungen. Ecuador unterstützt aktiv den Friedensprozess in Kolumbien und stellt den Hauptverhandlungsort für die ab 27. Oktober 2016 beginnenden Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und der ELN-Guerilla. Im weiteren lateinamerikanischen Umfeld unterstützt Ecuador insbesondere die ideologisch nahestehenden ALBA-Staaten Kuba, Nicaragua, Venezuela und Bolivien. Nach intensiven Verhandlungen paraphierten der damalige Außenhandelsminister Francisco Rivadeneira und der damalige EU-Kommissar de Gucht im Juli 2014 den Handelsvertrag EU-Ecuador, genauer den Beitritt Ecuadors zum Handelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien. Das Abkommen ist für Ecuador zum 1.1.2017 in Kraft getreten. Ecuador hat Botschaften in fast allen nord-, mittel- und südamerikanischen sowie europäischen Staaten. Es unterhält auch rege Beziehungen zu China, Korea, Japan, Russland, Iran und Katar und hat seit 2014 etliche Botschaften in Afrika und im Nahen Osten eröffnet.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussepolitik/laender/ecuador-node/-/223264>

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten, aber noch nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Ecuador ist den meisten Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Aus welchem Grunde die Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001 sowie die Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007 bis heute nicht ratifiziert wurden ist unklar. Fest steht hingegen, dass gegenwärtig für Ecuador keine direkte Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus besteht. Die Terrorismusbekämpfung im Norden des Landes stellt das Land hingegen vor große sicherheitspolitische Herausforderungen: Die kolumbianische Gruppierung FARC operiert teilweise auch in den nördlichen Provinzen Ecuadors und trägt durch Waffen- und Drogenhandel sowie die Verbreitung von Kriminalität zur Unsicherheit in der Region bei. Die Nutzung bestimmter Einrichtungen auf ecuadorianischem Boden zur Erholung, medizinischer Versorgung, Beschaffung von Waffen und Sprengstoffen sowie der Verarbeitung von Koka durch die FARC Mitglieder tragen ebenfalls zu Spannungen und Unsicherheit bei. Im September 2015 schloss die kolumbianische Regierung mit den Farc-Rebellen einen Friedensvertrag und verkündete nach über dreijährigen Verhandlungen einen ersten Durchbruch bei der Lösung des Konflikts. Bis Ende März 2016 soll ein Friedensabkommen unterzeichnet werden. Die Regierung in Quito ist ausdrücklich bestrebt, den Drogenschmuggel und Waffenhandel einzudämmen. Zur Drogenbekämpfung und im Anti-Terror-Kampf leisten die USA seit mehr als zehn Jahren Militärhilfe. Vorgesehen ist eine verbesserte Ausrüstung der Polizei und anderer Sicherheitskräfte. Hauptsächlich wird jedoch versucht, den Terrorismus direkt in Kolumbien zu bekämpfen. Trotz dieser Unterstützung bestehen weiterhin einige Defizite in der Terrorismusbekämpfung wie etwa unzureichenden Kontrollen über Finanzen und die unzureichende Ausbildung der Sicherheitskräfte.

Verstärkt werden seit einigen Jahren Personen indigener Bevölkerungsgruppen als Terroristen eingestuft; dies erlaubt der Regierung die strengere Anwendung der Gesetze. Gegen den Präsidenten der Konföderation der indigenen Bevölkerungsgruppen Ecuadors (CONAIE) Santi wurden 2010 Anschuldigen wegen Terrorismus und Sabotage erhoben. Im November 2010 kam es zu einem missglückten Bombenanschlag auf die Universität von Guayaquil. Die Popular Combatants Group (PCG), eine sozialistische Gruppierung, die aufgrund ihrer kommunistischen Ideologie gegen die Regierung kämpft, übernahm die Verantwortung dafür. Berichten zufolge werden sie von der kolumbianischen FARC finanziert und ausgebildet.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten, aber noch nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Drogenschmuggel und -handel sind mit Abstand das größte Kriminalitätsproblem in Ecuador. Insbesondere die wirtschaftlich schwachen und sozial benachteiligten nördlichen Provinzen sind von der Kriminalität betroffen. Für die Kokaanbaugebiete in Peru und Kolumbien ist Ecuador ein wichtiges Transitland: Gegenwärtig werden jährlich etwa 200 Tonnen Kokain, ein Viertel der gesamten Produktion in Peru und Kolumbien, durch Ecuador geschleust.

Geldwäsche wird ebenfalls zu einem zunehmenden Problem für Ecuador. In Quito ist Geldwäsche eines der zentralen Probleme. Präsident Correa scheint diesen Entwicklungen hingegen wenig Beachtung zu schenken. Die Financial Action Task Force (FATF), eine intergouvernementale Institution von 35 Staaten, beklagt immer wieder die mangelhafte Bekämpfung der Geldwäsche sowie der Finanzierung des Terrorismus in Ecuador. Im Jahr 2010 hat die Regierung unter Correa zwar neue Gesetze zur Bekämpfung der Geldwäsche erlassen – ihr Erfolg bleibt bislang aber weitestgehend aus. Problematisch ist auch die stetige Zunahme von Mord, Entführung, Raub und anderen Straftaten. So hat sich die Mordrate in Ecuador in den vergangenen Jahren in etwa verdoppelt, während sie in den Nachbarländern sank.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Ecuador übermittelt mit Ausnahme einiger Jahre regelmäßig Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten an das Waffenregister der Vereinten Nationen. Im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben werden jedoch keine Informationen an die UN weitergegeben.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage in Hinblick auf die Exportkontrolle und eine entsprechende Gesetzgebung ist schlecht. Verschiedenen Berichten zufolge existieren Gesetze zur Rüstungsexportkontrolle. Es gibt jedoch keine Informationen über deren Anwendung in der Praxis und daraus resultierende Ergebnisse. Im Rahmen der Andengemeinschaft werden jedoch Versuche unternommen, den illegalen Handel mit Klein- und Leichtwaffen einzudämmen. Generell gilt Ecuador als ein „schwaches“ Land, wenn es um die illegale Ein- und Ausfuhr von Waffen geht. Insbesondere ins Nachbarland Kolumbien werden Studien zufolge viele Waffen ausgefahren. Der kolumbianische Präsident bestätigte 2011, dass FARC-Rebellen Waffen, insbesondere Gewehre, erhalten haben, die aus Ecuador ins Land geschmuggelt wurden. Die Anzahl der nach Kolumbien geschmuggelten Waffen ist sogar so hoch, dass Ecuador immer wieder als „Transitland“ für den illegalen Waffenimport nach Kolumbien bezeichnet wird. Oft kommen diese Waffen aus Peru über die Grenze nach Ecuador und werden nicht registriert, anschließend aber nach Kolumbien weitertransportiert. Als beliebte Schmuggelrouten gelten die dicht bewaldeten Grenzen sowie der Seeweg.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Oktober 2017)

Mit einem BIP pro Kopf von (2016) 5.997 US-Dollar (USD) ist das OPEC-Land Ecuador mit seinen 16,2 Millionen Einwohnern ein Land mit mittlerem Einkommensniveau des oberen Segments. Die nationale Währung ist seit dem Jahr 2000 der US-Dollar. Er hat zur Kosten- und Preisstabilität beigetragen. Dadurch fehlt aber der Regierung das Instrument einer eigenständigen Geldpolitik. Die Inflationsrate lag 2015 bei 3,38%. Das BIP lag 2016 bei 99,1 Milliarden USD. Das reale Wachstum betrug 2016 minus 1,7%. Die Prognosen für 2017 variieren. Während die ecuadorianische Zentralbank (1,4%), die Weltbank (0,7%) und CEPAL (0,3%) mit einem leichten Wachstum rechnen, prognostiziert der IWF eine Schrumpfung des BIPs um minus 2,7%. Ursache für die angespannte Lage ist der 2015 stark gesunkene Ölpreis. Während in den vergangenen Jahren hohe Erdölexporterlöse der Regierung umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur (Straßen, Häfen, Bildung, Gesundheit) erlaubten, musste das Investitionsbudget aufgrund der geringeren Einnahmen 2015 und 2016 erheblich gekürzt werden. 2015 gingen die Nettoerlöse aus dem Erdöllexport im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 Milliarden US-Dollar auf nur noch 2,9 Milliarden US-Dollar zurück. Wirtschaftspolitisches Hauptziel der Regierung ist daher eine Verringerung der Abhängigkeit des Landes vom Erdölsektor durch eine Verbreiterung der industriellen Basis. Auch der aktuell hohe Kurs des US-Dollar hat zur angespannten Wirtschaftslage erheblich beigetragen, denn durch ihn haben sich ecuadorianische Exportprodukte erheblich verteuert. Ecuadors Wirtschaft hat grundsätzlich eine marktwirtschaftliche Struktur. Die aktuelle Verfassung von 2008 gewährt dem Staat eine führende Rolle bei Wirtschaftsthemen, wovon die Regierung von Staatspräsident Correa durch mehrere Reformmaßnahmen Gebrauch gemacht hat, was sich nicht uneingeschränkt positiv auf das Wirtschafts- und Investitionsklima ausgewirkt hat. Das Ziel der Regierung, die Abhängigkeit vom Erdöl zu reduzieren und die Wirtschaft stärker zu diversifizieren, konnte nicht im erwarteten Umfang erreicht werden. Das im Wesentlichen rohstoffgetriebene Wirtschaftswachstum der letzten Jahre hatte sich 2015 noch positiv auf die Arbeitslosenstatistik und Armutsreduzierung ausgewirkt. 2016 kehrte sich dieser Trend um und sind Arbeitslosenrate und in besonderem Maße Unterbeschäftigung wieder angestiegen; auch die extreme Armut erhöhte sich um 0,2% auf 8,7%. Der staatlich festgelegte Mindestlohn wurde 2016 auf 366 US-Dollar angehoben.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/ecuador-node/wirtschaft/223234>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2865	2946	2897	2449	2130
Militärausgaben/BIP	2,9	2,9	2,8	2,4	2,2

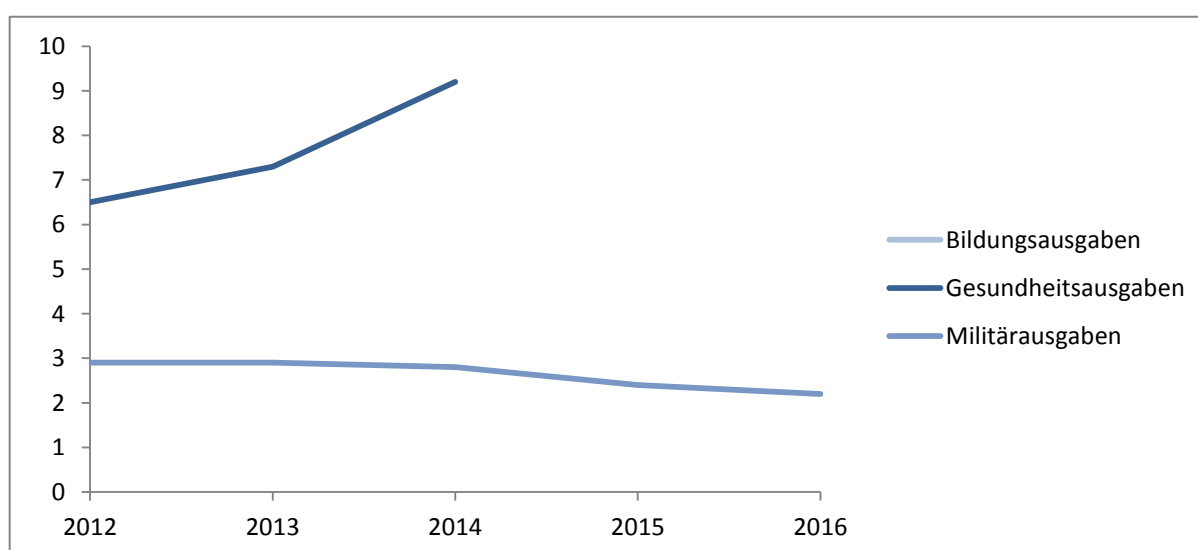
	2012	2013	2014	2015	2016
Gesundheitsausgaben/BIP	6,5	7,3	9,2	-	-
Bildungsausgaben/BIP	4,2	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2012	2013	2014	2015	2016
Auslandsverschuldung	17669	19430	24423	27273	33613
Anteil am BIP (in Prozent)	19,47	20,15	24,18	-	34,78
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	111,32	114,69	127,7	158,59	-
Net ODA (% of GNI)*	0,13	0,14	0,14	0,16	-
Deutsche ODA Zahlungen*	33,22	27,66	30,99	30,49	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2015); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2015). Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2012	2013	2014	2015	2016
Militarisierungswert	645	641	633	611	606
Index-Platzierung	46	44	49	59	58

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2012	2013	2014	2015	2016
Kolumbien	Militarisierungswert	625	626	615	615	622
	Index-Platzierung	57	53	57	57	53
Peru	Militarisierungswert	653	656	654	651	639
	Index-Platzierung	42	40	38	43	46

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2017.

<http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2012	2013	2014	2015	2016
Kolumbien	Militärausgaben (absolut)	8455	9206	9081	9127	9930
	Militärausgaben/BIP	3,2	3,3	3,1	3,1	3,4
Peru	Militärausgaben (absolut)	2326	2684	2704	3191	2551
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,5	1,4	1,7	1,3

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2011	2012	2013	2014	2015
HDI-Wert	0.705	0.708	0.711	0,732	0.739

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar

Die Militärausgaben sind im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gestiegen. Zwar sind die Gesundheitsausgaben gemessen am BIP ähnlich stark gestiegen, dennoch stehen durch die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes der Regierung weniger Mittel für andere Bereiche zur Verfügung. Eine Bürde für den Haushalt und das Land sind die umfangreichen Waffenkäufe der vergangenen Jahre. Nach einer zwischenzeitlich gesunkenen Auslandsverschuldung in den Jahren 2009 bis 2011, erreichte diese im Jahr 2012 erneut das Niveau von 2008.

Folgt man dem Human Development Index (HDI), ist in Ecuador eine positive Entwicklung zu beobachten. Das Land befindet sich inzwischen in der Gruppe der hoch entwickelten Staaten. Im Bildungsbereich gibt es ein gutes Infrastrukturnetz an Schulen und Universitäten. Die Alphabetenquote ist recht hoch und es existieren gute Zugangsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu Bildungseinrichtungen unabhängig von ihrer Herkunft.

Entgegen diesen positiven Fortschritten gibt es weiterhin zahlreiche Defizite in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. In der Gesundheitsversorgung existiert eine relative Ungleichbehandlung abhängig vom wirtschaftlichen Status. Indigene Bevölkerungsgruppen sind direkt von der Armut bedroht und haben somit durch ihre wirtschaftlichen Nachteile oft nur Zugang zum staatlichen Gesundheitssystem, das häufig als ineffizient bezeichnet wird.

Armut und Benachteiligung sind weiterhin die größten Herausforderungen für die Regierung in Quito. Besonders betroffen von der Armut sind indigene Bevölkerungsgruppen im Norden des Landes. Daher wurde 2009 ein umfassendes Programm zur Reduzierung der Armut und sozialer Inklusion sowie zur Verbesserung der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit aufgelegt.